

Fragen von „Dachverband Das Kind“ an die OB-Kandidat*innen

Antworten Kerstin Lau, Uffbasse

1. Betriebskostenförderung / Verwendungsnachweise

Immer wieder werden Verwendungsnachweise sehr spät geprüft und beschieden. Das führt u.a. zu Unsicherheiten bezüglich der tatsächlichen Liquidität und mangelnder Planungssicherheit für langfristige Investitionen. Dies ist für kleine Vereine nur schwer händelbar und erschwert eine vernünftige Finanz-/Haushaltsplanung.

Was werden Sie tun, um zukünftig eine Verbesserung der personellen Ressourcen im Jugendamt und in der allgemeinen Verwaltung zu erlangen, damit die Träger von Kindertageseinrichtungen zuverlässige Ansprechpartner:innen haben?

Mir war bislang nicht bewusst, dass die Situation so schwierig ist. Wenn das so richtig ist, muss hier dringend Abhilfe in Form von verbesserten Prozessen, Digitalisierung und evtl. Personalaufstockung vorgenommen werden.

Wir fordern Prüfbescheide von Verwendungsnachweisen spätestens zwei Jahre nach Abgabe. Wie stehen Sie dazu? Das ist sicherlich nicht zu viel verlangt.

Ich denke, eine Prüfbescheinigung müsste eigentlich im Folgejahr vorliegen, damit die freien Träger planen können.

Es gibt Versicherungen, die das Insolvenzrisikogemeinnütziger Vereine reduzieren. Ist die Stadt bereit, die Kosten für solche Versicherungen zu übernehmen?

Ohne mich tiefer mit dem Thema beschäftigt zu haben, würde ich sagen, dass eine solche Versicherung nicht nötig ist. Im Zweifelsfall würden solche Versicherungen sicherlich Gründe finden, warum sie nicht zahlen müssen. Mir ist kein in Insolvenz gegangener Kinderbetreuungsverein bekannt. Sollte ein Träger doch einmal insolvenzgefährdet sein, würden wir (d.h. die Stadt) sicherlich Lösungen finden.

2. Reinigungskosten der kleinen Kitas

In den städtischen Einrichtungen wird die Reinigung durch den EAD gewährleistet. In den Einrichtungen in freier Trägerschaft übernehmen dies externe Dienstleister, Minijobber oder teilweise auch Eltern. Auch um den allgemeinen Hygienestandards gerecht zu werden, fordern wir eine ausreichende und angemessene Finanzierung der Reinigungskosten. Die in den DQS Richtlinien genannten 450 € pro Monat reichen nicht. Wie stehen Sie dazu?

Dazu müsste ich wissen, wie hoch der Kosten Ansatz bei den städtischen Kindergärten ist. Bis zu dieser Höhe finde ich eine Bezuschussung okay, die freien Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen sollten aber auch nicht höher bezuschusst werden als die städtischen Einrichtungen. Im Zweifelsfall, wenn der hohe Anteil an eigener Arbeitsleistung für die Familien zu viel wird, könnte man überlegen, alle Kinderbetreuungseinrichtungen vom EAD reinigen zu lassen.

3. Aushilfen

Bislang wurden für ein- bis zweigruppige Einrichtungen Aushilfskräfte finanziert zur Sicherung der Aufsichtspflicht. Durch die Erhöhung des Mindestlohns und damit einhergehend der Minijobpauschale auf 520 € monatlich stehen nun weniger finanzielle Mittel für die dringend benötigten Aushilfsstunden zur Verfügung, da die Finanzierungshöchstgrenze von 450 € bisher gleichgeblieben ist. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Minijobgrenze auch in der städtischen Betriebskostenfinanzierung zukünftig auf 520 € angehoben wird?

Die Minijobgrenze muss selbstverständlich an die geltenden gesetzlichen Bestimmungen angepasst werden.

4. Verwaltungskosten

Bisher werden lediglich 5% der anrechnungsfähigen Gesamtausgaben einer Kita als Verwaltungskosten übernommen. Der Verwaltungsaufwand und die tatsächlichen Verwaltungskosten steigen aber zunehmend. Die Kosten für Telefon und Internet, die für Kitagruppen zur grundlegenden und notwendigen Ausstattung gehören, werden in die Verwaltungskosten miteingerechnet. Anzeigen, Öffentlichkeitsarbeit, o.ä. die unter anderem zu einer erfolgreichen Personalgewinnung beitragen können, werden derzeit gar nicht refinanziert. Ehrenamtliche Vorstände erledigen ihre Arbeit noch neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie kümmern sich unter anderem um Betreuungsverträge, das Pflegen von TOLINA, Antragswesen, Berichtswesen, Personalverwaltung, etc. und treffen richtungsweisende Entscheidungen. Betreuungs- und Arbeitsplätze werden so ohne Overhead-Kosten für die Managementaufgaben in einer Kita bereitgestellt. Wir fordern eine Erhöhung der Verwaltungspauschale auf mindestens 10% der tatsächlichen Gesamtausgaben. Wie können Sie uns dahingehend unterstützen?

Diese Frage kann ich ohne eine Vergleichbarkeit mit den städtischen und den kirchlichen Kitas nicht beantworten. Mir ist nicht klar, wodurch die Verwaltungskosten gestiegen sein könnten. Auch die Kosten für Telefon und Internet sind tendenziell eher gesunken als gestiegen. Mir ist aus eigener

Erfahrung bewusst, dass die Eltern in den Kinderbetreuungseinrichtungen sehr viel leisten und auch oft an ihre Grenzen kommen. Gleichzeitig ist der Betreuungsschlüssel in der Regel besser als in den städtischen Kitas und die Mitarbeit ermöglicht eine Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeit sowie eine Anteilnahme am Leben des eigenen Kindes/der Kindergruppe insgesamt, die ein großes Geschenk ist. Um ihre Fragen zu beantworten, bräuchte ich eine Vergleichbarkeit z.B. mit den kirchlichen Trägern und eine Antwort auf die Frage, ob diese die Overheadkosten finanziert bekommen oder nicht. Ich stehe dafür, dass die Finanzierung generell vergleichbar sein muss und nicht vom Verhandlungsgeschick der jeweiligen Trägerorganisationen abhängen darf.

5. Finanzierung der pädagogischen Fachkräfte

Nach dem letzten Tarifergebnis bezahlt der Träger der Städtischen Kitas in Darmstadt seine Fachkräfte nach TvÖD SuE Entgeltgruppe S 8b. In anderen Städten wie Frankfurt oder Wiesbaden wurde eine Höhereingruppierung der Fachkräfte stadtweit und pauschal in SuE 8b umgesetzt. Weshalb bedarf es in Darmstadt hier einer anderen und vor allem aufwendigeren Regelung (jährliche Abfrage des aktuellen Standes bzgl. Höhergruppierung)?

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Stadt so lange gezögert hat, die Fachkräfte in der Kinderbetreuung besser zu bezahlen, obwohl es so schwierig ist, für Darmstadt noch Fachkräfte in der Kinderbetreuung zu gewinnen. Dies ist umso schwerer zu verstehen, wo es z.B. problemlos möglich zu sein scheint, im Mobilitätsamt hoch dotierte Stellen zu schaffen.

Die Stadt sowie andere große Träger von Kindertageseinrichtungen bieten ihren Mitarbeiter:innen außerdem ein Jobticket und eine Zusatzaltersversorgung an. Gemeinnützige kleine Vereine können dies aufgrund ihrer finanziellen Lage nicht anbieten. Das bedeutet einen Nachteil im hart umkämpften Fachkräfte-Markt. Wie stehen Sie zu einer möglichen kommunalen Gleichbehandlung aller Fachkräfte, unabhängig vom Träger?

Selbstverständlich sollte es eine stadtweite Gleichbehandlung gemäß dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ geben.

6. Gesundheitsförderung / Ernährung

Laut Gesetz sind alle Kindertagesstätten verpflichtet ein Umfeld der Gesundheitsförderung für Kinder zu gewährleisten. Die Kosten für das Frühstück in den städtischen Kitas wird jetzt komplett übernommen, das Mittagessen wird subventioniert und ein Elterngeld von 60 € monatlich erhoben. In den Einrichtungen freier Trägerschaften tragen die Eltern die Essenskosten komplett selbst (entweder durch Kochdienste oder Bezahlung von Caterern). Wir sehen da eine Benachteiligung der Familien in unseren Einrichtungen. Wie möchten und können Sie dem entgegenwirken?

Wären die Eltern der freien Kinderbetreuungseinrichtungen daran interessiert, dass Mittagessen vom EAD zu erhalten und dafür dann nur ein Elterngeld von 60 Euro zu zahlen? Dann lässt sich das sicherlich einrichten. Ich denke, die Eltern in Ihren Einrichtungen haben einen anderen Anspruch an gesunde Kinderernährung, sowohl was das Frühstück als auch das Mittagessen angeht. Ich bin bei

Ihnen, was die gleiche Bezahlung der Fachkräfte und die der Overheadkosten angeht. Der Punkt mit der Ernährung hätte nicht meine Priorität, weil es tatsächlich auch zu einer Verschlechterung der tatsächlichen Situation bei den freien Trägern führen könnte, wenn hier eine Anpassung an die Realität in städtischen Kitas erfolgen würde. Nur der Zuschuss unter Beibehaltung der aktuellen Praxis würde die städtischen Kitas benachteiligen, wo einige Eltern bestimmt auch lieber selbst kochen würden, um die Qualität des Essens zu gewährleisten.